MARKT
Mittwoch, 22. Februar 2012

Streit und Chaos im Amt Klützer Winkel

Landrätin spricht Machtwort im Streit um Olaf Claus

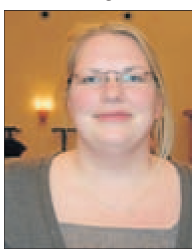
Klützer Winkel (pki). Auch nach Rücktritten, Neuwahlen und Amtseinführungen gibt es keine Ruhe im Amt Klützer Winkel. Streitereien zwischen Kommunalpolitikern bestimmen gegenwärtig das Klima in den Sitzungen und in der täglichen Arbeit.

Jüngstes Beispiel ist die scheinbar unendliche Geschichte über das Mandat des Bürgermeisters von Boltenhagen. Nach dem MARKT vorliegenden Unterlagen hat Landrätin Birgit Hesse am 31. Januar 2012 festgestellt, dass ein Mandatsverlust in der Gemeindevertretung nach dem Wortlaut der Kommunalverfassung „nicht auf einen durch Direktwahl gewählten ehrenamtlichen Bürgermeister, der sein Mandat als Gemeindevertreter kraft Amtes (Ernennung zum Ehrenbeamten) erhalten hat," abstellt. „Zum anderen wäre es auch unzulässig, auf der Grundlage dieses § 25 Abs. 4 KV M-V ein Bürgermeisteramt für beendet zu erklären, da das Bürgermeisteramt ein Beamtenverhältnis ist und dieses wiederum bedarf einen ausdrücklichen gesetzlichen Beendigungsgrund."

Mittlerweile hat der amtierende Amtsvorsteher Christian Schmiedeberg (CDU) am 30. Januar 2012 dem Boltenhagener Bürgermeister Olaf Claus ein Schreiben zur Unvereinbarkeit von Amt und Mandat im Amtsausschuss ausgehändigt. Bis zur Klärung ruht nun dessen Bürgermeistermandat im Amtsausschuss. Außerdem übergab Christian Schmiedeberg an jenem Abend mit siebenmonatiger Verspätung eine Übernahmeverfügung an den Beamten Olaf Claus. Er beging dabei jedoch den Fehler, diese Personalangelegenheit im öffentlichen Teil abzuhandeln und hielt keinesfalls die Übergabeprozedur ein, die für Übernahmeurkunden zwingend vorgeschrieben ist.

„Herr Schmiedeberg scheint mir hoffnungslos überfordert in der Funktion als amtierender Amtsvorsteher", erklärt Olaf Claus. „Das kommt offenbar davon, dass er, wie meist in der Vergangenheit, seine persönlichen Interessen über die seines Amtes stellt. Ich habe von ihm übrigens eine weitere Verfügung bekommen. Darin ordnet er eine amtsärztliche Untersuchung für mich an. Vielleicht begleitet er mich ja zum Amtsarzt, denn um seinen Gesundheitszustand mache ich mir seit geraumer Zeit auch ernsthafte Sorgen." Aber auch die leitende Verwaltungsbeamtin Katrin Pardun sorgt für Verwirrung. Am 23. Februar soll die nächste Gemeindevertretersitzung stattfinden und obwohl Bürgermeister Claus als Sitzungsort den Kur- und Festsaal bestimmte, fertigte Katrin Pardun die Einladung für den Dorfclub Redewisch. Auf der Tagesordnung stehen so wichtige Themen wie die Rücknahme der Klage wegen des Entzuges der Amtsfreiheit, zwei Anträge auf Neuwahlen zur Gemeindevertretung oder die Neuwahl des 1. Stellvertretenden Bürgermeisters.


Will für Ordnung sorgen: Birgit Hesse. Fotos: hgl


Sorgt für Verwirrung: Katrin Pardun.

Ein Grund für Neuwahlen ist der Verstoß der Gemeindevertretung gegen das Landeskommunalwahlgesetz. Entgegen den maximal 13 zulässigen Mandaten hat die Gemeindevertretung ein zusätzliches 14. Mandat für den ehrenamtlichen Bürgermeister vergeben.

Und auch die Beauftragung als 1. Stellvertretende Bürgermeisterin Boltenhagens soll für Katrin Pardun am 29. Februar 2012 enden. Doch was passiert, wenn dann erneut kein 1. Stellvertreter gewählt wird? „Der vorherige Amtsinhaber Christian Schmiedeberg hat es nicht verstanden, eine sachliche und vertrauensvolle Zusammenarbeit in der Gemeindevertretung zu schaffen", so Olaf Claus. „Urteile von ordentlichen Gerichten werden nicht akzeptiert, Gesetze werden nicht befolgt, Hinweise der Rechtsaufsicht werden ignoriert. Hier sollte endlich der Innenminister einschreiten, die Gemeindevertretung auflösen und einen Beauftragten ernennen, da es so nicht weitergehen kann."

Leserbriefe

Die Zuschriften geben die Meinung der Leser wieder. Auswahl und Kürzungen vorbehalten.

Wer vertritt endlich die Bürgerinteressen?

J. Gniwotta aus Tarnewitz über Kommunalpolitik im Ostseebad Boltenhagen.

Wenn die Boltenhagener dachten, mit ihrer Wahlentscheidung vom 27. November 2011 hätten sie sich demokratisch für einen Neuanfang in der Kommunalpolitik entschieden, so kann man nur feststellen – weit gefehlt! Der Terror beginnt neu. Denn kaum auf unerklärliche Weise 1. Stellvertreter des Amtsausschusses Klützer Winkel geworden, mit Zuständigkeit für Boltenhagen – viele fragen sich wie war das möglich – terrorisiert dieser Kommunalpolitiker schon wieder die Boltenhagener und damit den so sehr gewünschten Neuanfang!

Einmal zeigt sich hierbei, dass dieser Mensch ein schlechter Verlierer ist und weiterhin nur Macht sein Ziel ist, egal zu wessen Lasten er sich zu profilieren versucht.

In der Gemeinde Boltenhagen stehen doch seit Jahren die Räder still, weil es einzelne Kommunalpolitiker nicht als ihre Aufgabe ansehen, im Interesse der Bürger zu handeln und zu entscheiden, sondern nur die Notwendigkeit sehen sich und andere vor unliebsamen Konsequenzen aus einem Neuanfang zu schützen.

Das Gesamtbild der Gemeinde Boltenhagen nimmt konsequent eine Negativentwicklung.

Grundstücke verkommen oder sind ungepflegt, obwohl Besitzer vorhanden sind. Heißt es nicht immer: ‚Eigentum verpflichtet!'? Da aber die Gemeindevertretung nur mit sich selbst und den persönlichen Querelen beschäftigt ist, bleiben Entscheidungen zur Verbesserung des Images der Gemeinde sowie zu Gunsten des Kur- und Heilbades außen vor.

Die Bürger von Boltenhagen können dieses Problem nicht mehr allein lösen! Die Verantwortlichen im Amt Klützer Winkel hat man schon wieder im Griff! Und die Demokratie wurde ausgehebelt!

Es ist doch überhaupt kein Wunder mehr, wenn Politikverdrossenheit zunimmt. Was entscheidet eigentlich für eine Befähigung zum Kommunalpolitiker: das richtige Parteibuch, die bessere Verbindung oder Seilschaft oder gar finanzielle Kraft?

Wer sich als Kommunalpolitiker gegenüber seinen Bürgern so verhält, besitzt sehr wenig Moral, hat kein oder nur wenig Demokratieverständnis und möchte wohl, dass einige ‚Leichen' für immer begraben bleiben.

Die Boltenhagener haben sich am 27. November 2011 eindeutig entschieden. Wo bleiben nun die Verantwortlichen (Landrätin oder Innenministerium), die endlich dafür sorgen, dass nicht persönliche Aversionen die Kommunalpolitik bestimmen, sondern die Interessen der Bürger vertreten und durchgesetzt werden.